Antwort auf den „offenen Brief" der sogenannten Initiative „Bürger gestalten Schwand"

Die Unterzeichner als Einwohner/ Grundstückseigentümer des betroffenen Gebietes haben die Ausführungen der o.G. die offensichtlich aufgrund guter persönlicher Kontakte auch von der Presse bereits aufgegriffen wurden mit erheblichem Befremden zur Kenntnis genommen.

Schon die Tatsache dass hier nur 3 Personen namentlich benannt wurden zeigt die Fragwürdigkeit der Vorgehensweise. Es liegt nahe, dass im Folgenden noch näher anzusprechende Einzelinteressen hier unter dem Deckmantel einer Bürgerinitiative erhöhtes Gewicht verliehen werden soll. So ist es schon nicht richtig, dass die Mehrheit der Bewohner sich im bisherigen Verfahren gegen das Planungskonzept insgesamt ausgesprochen hatte. Es wurden vielmehr verschiedene Detaillösungen von 2 Gruppen unterschiedlich bewertet und im letzten Entwurf ein ausgleichender Kompromiss aus den Vorschlägen übernommen.

Wie seit längerem bekannt, wurde vom Wasserwirtschaftsamt darauf hingewiesen, dass Handlungsbedarf im Bereich der Oberflächenentwässerung im gegenständlichen Gebiet besteht. Die Initiatoren hatten somit rund ein Jahr Zeit, konstruktiv ein Lösungskonzept mit zu entwickeln. Stattdessen erfolgt wie schon beim Planungsbeginn vor 2 Jahren lediglich eine destruktive Ablehnung notwendiger Schritte. Die Initiative ignoriert, dass eben umgekehrt schon nach aktuellem Stand ein einfaches belassen der Situation keine realistische Möglichkeit darstellt, wenn sie rügt, dass die aktuelle Planung auf dem letzten Stand des geplanten Bebauungsplanes fußt.

Die naturschutzrechtlichen Bedenken die dann hier m.E. vorgeschoben erscheinen, werden vor Ausführung jeglicher Maßnahme ja tatsächlich auch von den zuständigen Behörden, insbesondere der Naturschutzbehörde geprüft. Diese Behörden wurden sicherlich von den Planern auch im Vorfeld schon kontaktiert und berücksichtigt. Umgekehrt fehlt in dem „offenen Brief" jegliche konkrete Darstellung, wie sich „technisch" die angeblich drohenden Umweltbeeinträchtigungen aus den geplanten Maßnahmen ergeben sollen. Es drängt sich auf, dass es sich hierbei um allenfalls Vermutungen oder Befürchtungen handelt, die tatsächlich unbegründet sind.

Es ist schließlich eine schon ans unerträgliche grenzende Anmaßung, wenn diejenigen die hier in die Öffentlichkeit gehen selbst die eigenen Grundstücke deutlich jenseits des ursprünglichen Bebauungsplanes nutzen, anderen dann aber vorschreiben wollen es allenfalls Ihnen gleich zu tun, statt wie von der Gemeinde angestoßen eine geordnete Entwicklung des Gebietes auf Basis der insgesamt vorhandenen und dem Gebiet durchaus entsprechenden Zustände, durch das eingeleitete Bauleitplanungsverfahren herbeizuführen.

Die Eigeninteressen, die vielleicht auch aufgrund fehlender eigener Liquidität offenbar nur darauf abzielen jegliche zusätzliche Kosten egal wie berechtigt oder notwendig diese sein mögen zu vermeiden und dabei alle anderen als „Spekulanten" zu diffamieren, kann nicht hingenommen werden und schon gar nicht als politische Erpressung der kommunalen Entscheidungsträger akzeptiert.

Es ist für die Unterzeichner auch nicht akzeptabel, wenn hier in diesem Zusammenhang alle möglichen Themen durcheinander geworfen werden, wie das Verkehrsaufkommen, da die Ausweisung eines Tempolimits mit der übrigen Bauleitplanung zunächst einmal gar nichts zu tun hat.

Auch ist es unredlich durch Falschzitat Herrn Bürgermeister Pfann zu diffamieren, der ausdrücklich gesagt hatte, dass ein Anschluss an die öffentliche Kanalisation und damit das Klärwerk des Zweckverbandes nicht geplant sind.

Hieran hat sich auch offensichtlich nichts geändert, da die aktuell vorgestellte Oberflächenentwässerung einen solchen Kanalanschluss nicht vorsieht. Dass überhaupt Maßnahmen zur Oberflächenwasserableitung notwendig sind, war nach dem Stand der Dinge noch nicht abzusehen, als Herr Pfann sich hierzu geäußert hatte.

Es erscheint insgesamt um zum Abschluss zu kommen den Unterzeichnern wichtig zukünftig allseits ehrlich Argumente auszutauschen, statt mit öffentlichem Druck und Diffamierungen zu versuchen Einzelinteressen quasi gewaltsam durchzusetzen.

In diesem Sinne laden wir gerne auch die Herren Dörner und Rohde, sowie Frau Kindermann ein mit den übrigen Grundeigentümern und Anwohnern einen formalisierten Dialog zu installieren z.B. durch Einrichtung eines entsprechenden Stammtisches oder ähnlichem, wo in der Runde dann objektiv Argumente ausgetauscht werden können und tatsächliche Mehrheiten ausgelotet.

Wir hoffen durch diese Stellungnahme dem Marktgemeinderat eine Basis für eine tatsächlich neutrale und am Gesamtgemeindewohl orientierte Entscheidung, im Sinne der zügigen Fortsetzung des in die Wege geleiteten Bebauungsplanverfahrens zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Eingegangen
Markt Schwanstetten
27. Sep. 2016